

Beratungsfolge

Gremium	Datum	Status	Zuständigkeit
Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr	21.05.2026	Ö	Entscheidung

Freigabedatum: 18.05.2026	Gestellt von: CDU-Fraktion, SPD-Fraktion
----------------------------------	---

TOP „Etat 2026/27“ – hier: Haushaltsbegleitantrag

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD

Beschlussvorschlag

Die Fraktionen von CDU und SPD haben sich für eine Kooperation im neuen Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr entschieden. Mit dem Doppelhaushalt 2026/2027 übernehmen wir die finanzielle Verantwortung für unsere Heimatstadt und setzen erste, gemeinsame politische Akzente.

Solide Finanzen als Basis einer soliden Politik

Durch den Beschluss des Rates der Stadt Mülheim an der Ruhr, den Hebesatz für die Grundsteuer B lediglich auf 990 Punkte anzuheben, ist eine zusätzliche Haushaltslücke von ca. 8,6 Mio. € entstanden, die es nun durch andere Maßnahmen zu kompensieren gilt. Daher wird folgendes beschlossen:

- Die Stadt Mülheim an der Ruhr führt eine Bettensteuer ein. Diese beträgt 5% auf den Brutto-Übernachtungspreis. Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich eine entsprechende Satzung den zuständigen Gremien vorzulegen. Wir gehen davon aus, dass durch diese Maßnahme Zusatzeinnahmen von 500.000 € erzielt werden.
- Die Verwaltung wird beauftragt, eine Satzung zur Erhebung der Grundsteuer C auf unbebaute Grundstücke zu erarbeiten. Bei der Ausgestaltung ist darauf zu achten, dass kooperative Flächenentwickler und Investoren keine Mehrbelastungen zu befürchten haben.
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Verpackungssteuer unter Berücksichtigung der Satzungen in Köln und Düsseldorf zu prüfen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Pferdesteuer zu prüfen.
- Wir forcieren die LED-Umrüstung, insbesondere von Lichtsignalanlagen. Dazu werden in den Haushalten 2026, 2027 und 2028 jeweils 1 Mio. € aus dem Sondervermögen des Bundes (LuKIF-Mittel)eingeplant. Die jährliche Ersparnis wird mit 70.000 € (2026), 210.000 € (2027) und 330.000 € (2028) veranschlagt.
- Die Parkgebühren werden ab dem Jahr 2027 entsprechend den Preiserhöhungen im VRR dynamisch angepasst.
- Ergänzend zu dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verwaltungsumbau beschließen wir eine HSK-Maßnahme „Einsparung Dezernentenstelle inklusive Referat“. Für 2026 rechnen wir hier mit einer Ersparnis von 160.000 €, für 2027 von 200.000 €, anschließend aufwachsend.
- Wir sparen weitere 1,0 Mio. € jährlich über Zinsentlastungen durch die geplante Altschuldenübernahme durch den Bund.
- Das Management der Ausgaben insbesondere im Sozialbereich ist zu

verbessern. Dazu werden das Ausgaben-Controlling und die Verwaltungsprozesse optimiert.

- Das Theater an Ruhr wird verpflichtet, eine zusätzliche Innenfinanzierung durch Auflösung der Kapitalrücklage von 150.000 € in 2026 und 250.000 € in 2027 darzustellen; entsprechend wird der kommunale Zuschuss angepasst. Darüber hinaus sollte das Theater an der Ruhr eine fortlaufende Prüfung seiner Betriebsabläufe vornehmen, um einen optimalen Theaterbetrieb sicherzustellen.
- Wir wollen den Zuschussbedarf für den ÖPNV begrenzen. Wir nutzen dazu die Fortschreibung des Nahverkehrsplans, um datenbasiert Angebotsdichte, Linienführung und Taktzeiten zu verbessern.
- Im Bereich der Asylunterkünfte werden bei Überkapazitäten zentrale Standorte prioritär zügig aufgegeben und dezentrale Standorte abgemietet.
- Die durch diese Maßnahmen nicht gedeckte Haushaltslücke durch das reduzierte Grundsteueraufkommen wird in den Jahren 2026 und 2027 durch den Globalen Minderaufwand geschlossen.

Eine starke Wirtschaft für eine prosperierende Stadt

- Wir werden die Wirtschaftsförderung personell und organisatorisch weiterentwickeln. Hierzu wird in der Wirtschaftsförderung eine zusätzliche Stelle (VZÄ) eingerichtet. Zudem stellen wir in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 jeweils 50.000 € zur Verfügung.
- Wir bauen die Gründungs- und Start-up-Förderung in Mülheim an der Ruhr aus, um Innovationen zu fördern, neue Unternehmen am Standort zu etablieren und insbesondere junge Unternehmen langfristig in der Stadt zu halten.
- Der Flughafen Essen/Mülheim bleibt ein bedeutender Bestandteil der städtischen Verkehrs- und Wirtschaftsinfrastruktur und wird im Sinne des beschlossenen Gesamtkonzepts weiterentwickelt. Ziel ist es, den Standort als innovativen Wirtschafts- und Forschungsstandort auszubauen und neue wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen.
- Der attraktive Wirtschaftsstandort Mülheim an der Ruhr soll auch in der Außenwirkung durch intensives Standortmarketing noch sichtbarer werden. Wir wünschen uns eine dauerhafte Präsenz auf der Expo Real. Wir wollen zudem den Wirtschaftspreis als wichtiges Instrument zur Sichtbarmachung unternehmerischer Leistungen und zur Förderung der lokalen Wirtschaft erhalten. Für beides stellen wir in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 jeweils 25.000 €.
- Wir treiben den Ausbau erneuerbarer Energien weiter voran. Dazu sollen u.a. systematisch ungenutzte Potenziale erschlossen werden, geeignete Dachflächen von städtischen Gebäuden für PV-Anlagen identifiziert werden und Standards bei Dachsanierungen und -renovierungen etabliert werden.
- Zur Sicherstellung von Veranstaltungen und anderen Aktivitäten werden bei der MST 1,5 Stellen zusätzlich geschaffen. Die Zahlungsströme sind zwischen der Stadt Mülheim an der Ruhr, der BHM und der MST abzustimmen.

Für eine lebenswerte Stadt

- Wir gründen eine Stadtentwicklungsgesellschaft, legen zeitnah den Zuschnitt

fest und statten sie mit ausreichend finanziellen und personellen Mitteln aus.

- Gemeinsam mit der Verwaltung entwickeln wir ein Konzept zur Identifizierung und Aktivierung von Baulücken, zur Nachverdichtung und für ein bedarfsgerechtes Wohnungsangebot für unterschiedliche Lebenslagen und Einkommensgruppen.
- Wir erschließen und entwickeln zügig geeignete Gewerbeflächen.
- Wir erarbeiten ein Vergnügungstättenkonzept mit dem Ziel einer klaren ordnungs- und planungsrechtliche Steuerung von Spielhallen, Wettbüros und ähnlichen stadtplanerisch bedenklichen Nutzungen.
- Wir unterstützen die Veranstaltungsreihe „Schön hier“.
- Wir stellen ausreichend Mittel zur Verfügung, um die Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt zu modernisieren.
- Wir schaffen eine zusätzliche Stelle (VZÄ), um eine zügige Bewilligung von Bürgeranträgen zum Denkmalschutz zu gewährleisten.

Soziales

- Wir sichern den Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte Hilfen zur Erziehung und entwickeln diese qualitativ sowie wirtschaftlich nachhaltig weiter.
- Wir unterstützen besonders belastete Familien, insbesondere Alleinerziehende durch gezielte und passgenaue Angebote sowie durch die Etablierung von bis zu neun zusätzlichen VZÄ. Diese sind beim Jobcenter angesiedelt und werden daher zu 84,5 % refinanziert.
- Im Rahmen des Neustarts der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik verzichten wir auf die Einführung der Bezahlkarte. Gleichzeitig werden wir die Möglichkeiten des Asylbewerberleistungsgesetzes ausschöpfen und insbesondere die Durchführung gemeinnütziger Tätigkeiten durch Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten im Sinne des § 5 AsylbLG bei kommunalen und bei gemeinnützigen Trägern ermöglichen.
- Wir prüfen die künftige organisatorische wie inhaltliche Ausrichtung der Antidiskriminierungsstelle. Wir wollen diese Aufgabe beibehalten, prüfen jedoch, ob diese im Sinne des Subsidiaritätsprinzips von einem Wohlfahrtsverband erbracht werden kann.
- Wir beleben den „Sozialdialog“ und prüfen, wie die Dynamisierung der Zuschüsse an die Träger vorgezogen und deren Liquiditätssituation verbessert werden kann.
- Zur Durchführung einer Workshopreihe im Stadtteil Styrum erhält die „kurbel“ in 2026 eine Förderung in Höhe von 6.500 €. Die Workshopreihe im Rahmen der stadtteilorientierten Demokratieförderung richtet sich insbesondere auch an Menschen in prekären Lebenssituationen.
- Die Arbeitsgemeinschaft der Behinderten-Selbsthilfe und chronisch Kranker (AGB) erhält ab 2026 einen fortlaufenden jährlichen Zuschuss von 5.000 € zur Förderung der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung.

Fokus auf junge Menschen

- Der bedarfsorientierte Ausbau und die Sanierung von Schulen im Rahmen des BEPs wird fortgesetzt.
- Wir forcieren den Ausbau der digitalen Infrastruktur an Schulen und sorgen für eine flächendeckende Bereitstellung (einheitlicher) digitaler Endgeräte.
- Wir prüfen die Schaffung zusätzlicher Stellen im Bereich Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und regionaler Schulberatungsstelle.
- Wir prüfen die personelle Ausstattung der Schulsekretariate, bei der wir insbesondere die Anpassung des Stellenschlüssels bei Schulen im Ganztags und mit hohem Sozialindex in den Blick nehmen.

- Wir prüfen eine Pool-Lösung für den Einsatz von „I-Helfern“.
- Wir fördern die Eigeninitiative junger Menschen, indem wir einen projektbezogenen Jugendfonds mit einem jährlichen Budget von zunächst 2.000 € einrichten.
- Wir entwickeln passgenaue Unterstützungsangebote und stärken bestehende Strukturen zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf.
- Wir erhöhen einmalig die Zuschüsse zum Stadtjugendring und zum Ring politischer Jugend um jeweils 10 %. In den Folgejahren erfolgt eine Dynamisierung in Höhe von 3 % p.a.
- Wir prüfen Angebote für zusätzliche Freizeitmöglichkeiten für junge Menschen in der Innenstadt.
- Wir starten einen Ideenwettbewerb mit Öffentlichkeitsbeteiligung für die künftige Nutzung des Heinrich-Thöne-Gebäudes an der Bergstraße. Die Verwaltung beruft ein Gremium zur Zukunft des Gebäudes an der Bergstraße unter Beteiligung der Fachämter, der „Initiative zum Erhalt der VHS an der Bergstraße“, der Fraktionen im Rat der Stadt und der Bezirksvertretung 3 sowie weiteren Sachverständigen und Interessierten ein. Der Rat der Stadt beschließt über die Zusammensetzung, Zuständigkeit und Arbeitsweise.
- Wir bauen die praxisintegrierte Erzieherinnenausbildung durch die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze aus.
- Wir setzen die Dynamisierung der KiTa-Beiträge für das Betreuungsjahr 2026/27 aus.

Optimierung der städtischen Organisationsstruktur

- Durch den demografischen Wandel müssen wir auch künftig ausreichend qualifiziertes Personal für unsere Stadtverwaltung gewinnen und binden. Gleichzeitig müssen die Aufgaben mit weniger Mitarbeitenden zuverlässig erfüllt werden. Dafür setzen wir auf Digitalisierung, verantwortungsvollen KI-Einsatz und einfachere Verfahren durch Prozessoptimierung. Hierfür schaffen wir drei Stellen in den Bereichen Prozessoptimierung und Digitalisierung.
- Wir bekräftigen das Ziel, attraktive, verlässliche und wertschätzende Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Stadtverwaltung zu schaffen und fortlaufend weiterzuentwickeln. Dies dient der Stärkung des vorhandenen Personals, der langfristigen Personalbindung sowie der Sicherung einer handlungsfähigen Verwaltung. Die Verwaltung wird beauftragt, den Stellenplan zeitnah aufgabenorientiert zu überarbeiten und dem Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr bzw. dem zuständigen Ausschuss für Finanzen und Personalentwicklung einen Vorschlag vorzulegen.
- Damit einher geht eine personalorientierte Flächenentwicklung.
- Die Ausländerbehörde wird neu aufgestellt, die Personalressourcen kritisch hinterfragt, die Antragsbearbeitung beschleunigt.

Klima, Umwelt und Energie

- Wir prüfen die personelle Ausstattung der Umweltbehörde zur stärkeren Durchsetzung der Gewerbeabfallverordnung.
- Uns ist der Kreislaufgedanke wichtig. Wir fördern daher Mehrweg, Reparatur, Wiederverwendung und bewusstem Konsum.
- Wir prüfen den „Klimataler“ als niedrigschwelliges Instrument für Motivation und Beteiligung.
- Wir stellen mehr Abfallbehälter auf und erneuern die vorhandenen.

Kultur und Sport

- Wir heben den Projektetat für die Förderung kultureller Projekte durch den

Kulturbetrieb auf 30.000 EUR im Jahr 2026 an und dynamisieren den Projektetat in den nächsten Jahren mit 3 % p.a.

- Wir sichern den Bestand der Stadtteilbüchereien mit ausreichendem Personal.
- Wir erhalten historische Gebäude und Kultureinrichtungen, insbesondere das Tersteegenhaus, den Bismarckturm, das Theater an der Ruhr im Raffelbergpark und das Ledermuseum.
- Wir unterstützen die Initiative „Förderung der Erinnerungskultur“ im Jahr 2026 und 2027 jeweils in Höhe von 6.000 €.
- Wir fördern das Makroscope einmalig in 2026 mit einem Betrag in Höhe von 15.000 €.
- Wir wollen vorhandene Sportstätten vorrangig sanieren.
- Im Rahmen der IGA 2027 wollen wir die beleuchtete Laufstrecke umsetzen.
- Wir erhöhen die Förderung des Leistungssport Olympiastützpunkt in 2026 und 2027 um jeweils 2.100 €.
- Die Finanzierung des kommunalen Anteils am Mülheimer Sport Förderkreis wird in 2026 und 2027 jeweils um 2.300 € aufgestockt.
- Wir stellen die Finanzierung des Betriebs des aktuell im Bau befindlichen Schwimmbads an der Yorckstraße in Mülheim-Heißen sicher.
- Ein mögliches Defizit bei der Finanzierung der Freizeitanlage Ruhrstrand wird ab dem Haushaltsjahr 2027 nicht mehr aus dem Sportetat, sondern aus der Übererfüllung von HSK-Maßnahmen des Fachdezernates gedeckt.
- Wir führen die Schwimmstelle Ruhrstrand weiter. Dazu werden im Haushalt 2026 80.500 € und 2027 84.525 € eingestellt.
- Für den Sportpark Styrum wird ab dem Haushaltsjahr 2027 eine Stelle (VZÄ) zusätzlich eingerichtet.
- Ebenso wird ab 2027 eine Stelle (VZÄ) für den Bereich TrendSport zusätzlich etabliert.
- Dem Mülheimer Sportbund (MSB) stellen wir die Sachkosten zur Finanzierung einer halben Stelle in den Bereichen „Prävention gegen sexualisierte Gewalt“ und „Gewalt im Sport“ zur Verfügung. Orientierung sollte dabei die Entgeltgruppe 11 sein.
- Zudem stellen wir einen zusätzlichen Personalkostenzuschuss für den Mülheimer Sportbund (MSB) in 2026 in Höhe von 7.708 € und in 2027 in Höhe von 9.454 € zur Verfügung. In den Folgejahren erfolgt eine Dynamisierung in Höhe von 3 % p.a.

Sicherheit und Ordnung

- Wir werden Angsträume durch eine entsprechende Ausleuchtung beseitigen.
- Wir setzen uns für den Erwerb von mobilen Zufahrtssperren ein, um auch weiterhin Festivitäten unter freiem Himmel zu ermöglichen. Die Verwaltung wird daher beauftragt, die Anschaffung derartiger Sperren aus dem Sondervermögen des Bundes (LuKIF-Mittel) zu prüfen und möglichst umzusetzen.
- Wir verstärken die Bereiche KOD und Bußgeldstelle mit jeweils einer zusätzlichen Stelle (VZÄ).
- Wir richten eine Stabsstelle Krisenprävention und -management mit einer zusätzlichen Stelle (VZÄ) ein.
- Im Rahmen der Schulwegsicherung schaffen wir eine weitere mobile Geschwindigkeitsüberwachungsanlage an.
- Wir prüfen höhere Bußgelder bei Verstößen gegen die Anleinpflcht in Grünanlagen, abseits offizieller Waldwege und in Naturschutzgebieten.
- Als ersten Schritt zum „Bürgeramt 2030“ stellen wir im Budget 2026 1.200 € für die Anschaffung eines sog. „Bürgerkoffers“ zur Verfügung.

Sachverhalt

gez. Christina Küsters
Fraktionsvorsitzende

gez. Filip Fischer
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n

Keine